

nahmen die Lohnarbeiter vor Verkümmern, vor Not und Elend schützen. Diese Verpflichtungen des Staates sind im Sinne der christlichen Gewerkschaften nur Notlösungen. Für natürlicher halten sie die **freie Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern**, bzw. die Arbeitsgemeinschaft der beiderseitigen Organisationen. Der Mangel an solchen Arbeitsgemeinschaften ist den christlichen Gewerkschaften der Ausdruck des gestörten oder zerstörten Normalzustandes. Für die grundsätzliche Haltung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in dieser Frage ist bezeichnend, daß sie ihrerseits die zur Zeit untätige Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht aufgekündigt haben. Aus ihrer Grundhaltung heraus erkennen die christlichen Gewerkschaften eine letztliche Eigenverantwortlichkeit der Persönlichkeit an. Sie widersprechen der Auffassung, daß der Mensch nur das Produkt der Verhältnisse, vor allem aber

der wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Die geistige und sittliche Hebung der Arbeiterschicht ist nach diesen Vorstellungen der christlichen Gewerkschaften nur möglich, wenn neben der wirtschaftlichen Zuständereform in der Arbeiterschicht ein ernstes Bildungsstreben obwaltet. Die erste Voraussetzung für die Anerkennung der Arbeiterschicht als gleichberechtigten und gleichgeachteten Faktor des gesellschaftlichen Lebens ist die Bildung der Persönlichkeit. Dieses Bildungsbemühen ist nicht allein abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern weit mehr noch vom geistigen Wollen, von dem Idealbild, nach dem der Arbeiter sein eigenes Ich gestaltet. Die erfolgreichen Bildungsbestrebungen der christlichen Gewerkschaften sind so von besonderer Bedeutung. Neben dem Kampf um die Rechte der Arbeiterschicht steht der Dienst an der geistigen und sittlichen Vervollkommnung der Arbeiterpersönlichkeit. (Vgl. die Sonderartikel zu den christlichen Gewerkschaften.)

Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands

Von Karl Dudey

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands wurde am 15. Oktober 1899 zu Duisburg durch den Former Franz Wieber als Zentralverband auf christlich-sozialer Grundlage mit 178 Metallarbeitern gegründet. Schon vorher waren Gründungen von Vereinigungen christlich denkender Metallarbeiter als Lokalverbände getätigt worden. Franz Wieber schuf 1894 die Fachsektion der Metallarbeiter innerhalb des Katholischen Arbeitervereins Duisburg, nachdem er bereits seit 1885 einer der führenden Männer in Westdeutschland im Formerfachverband gewesen war. Von 1898 an wurden in Düsseldorf, Düren, München (Schirmer), Mannheim (Samstag), Gütenbach (Weiser), im Sauerland und besonders in Köln unter Döring sehr bedeutsame Ansätze zur Gründung der sogenannten Arbeiterschutzverbände und gewerkschaftlicher Organisationen gemacht. Aber es fehlte dabei durchweg der Zug zur zentralen Organisation, wie er von vornherein bei der Gründung des christlichen Metallarbeiterverbandes zutage trat, in den auch bald die größte Zahl der oben genannten Lokalorganisationen einmündete.

Die **Fundierung auf dem christlich-sozialen Boden** ergab sich zunächst aus der positiv christlichen Einstellung der Gründer und dann aus den Erfahrungen, die besonders die Duisburger Formergruppe im Formerfachverein hatte machen müssen. Diese hatte seit 1894 einen scharfen Kampf um die parteipolitisch und konfessionell neutrale Einstellung des Formerfachvereins geführt, der seit 1890 sich immer mehr zur sozialistischen Anschauung bekannte und in seinem

Organ „Glückauf“ viele Angriffe gegen die christliche Weltanschauung veröffentlichte, was dann am 24. September 1895 die Duisburger Formergruppe unter Führung Wiebers veranlaßte, aus dem Formerfachverband auszutreten. Die Idee, christlich und sozialistisch gerichtete Arbeiter in einer gemeinsamen Organisation zu vereinigen, scheiterte hier völlig.

Der junge Verband hatte bereits in den ersten Jahren **heftige Kämpfe** zu bestehen, von denen namentlich der Neutralitäts- und Zollstreit große Ausmaße annahm, die im Jahre 1902 zum Ausschluß des christlichen Metallarbeiterverbandes aus dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und zur Gründung eines Gegenverbandes führten. Beim Neutralitätsstreit stand die Frage zur Debatte, ob als Grundlage der christlichen Gewerkschaften die positiv christliche oder die neutrale auch für die Zukunft die gegebene sein sollte, und beim Zollstreit die ablehnende Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes in bezug auf die Erhöhungen des neuen Zollltarifs. Zweifellos haben bei den Kämpfen viele persönliche Mißverständnisse mitgespielt; die Führer hatten zu wenig Föhlung miteinander und kannten sich fast nur aus gelegentlichen Zeitungsartikeln. Der gegründete Gegenverband konnte sich nicht halten, und die Erkenntnis, daß ein dauernder Kampf nicht nur die Metallarbeiter, sondern auch die Gesamtbewegung schädigen würde, führte zu einem Ausgleich im Jahre 1903. Die positiv christliche Einstellung aber wurde Grundlage für die christliche Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Die **gewerkschaftliche Tätigkeit** des christlichen

Metallarbeiterverbandes hatte sich neben der allgemeinen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie besonders eine bessere Regelung der Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben der Schwerindustrie als Ziel gesetzt. Die Forderung nach der Durchführung des Dreischichtensystems wurde schon 1899 gestellt, und auf der Generalversammlung von Offenbach 1904 wurde eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Feuer- und Hüttenbetrieben verlangt. Das Vorstandsmitglied des Verbandes, Giesberts, brachte 1907 im Reichstag die Lage der Hüttenarbeiter zur Sprache, und eine Hüttenarbeiterkonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes im gleichen Jahre ermöglichte ein weiteres Vorwärtsdrängen, wozu auch der zweite christliche Arbeiterkongreß 1907 in Berlin, auf dem Franz Wieber eingehendes Material zur Frage des Arbeiterschutzes in der Schwerindustrie vorlegte, und eine Besprechung mit dem damaligen Reichskanzler Bülow die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 vorbereitete, die wenigstens die Pausenfrage regelte. Erst in der Nachkriegszeit konnte das jahrzehntelange Drängen und Arbeiten der Metallarbeiterverbände und der Gesellschaft für Soziale Reform von Erfolg gekrönt sein.

Die Stellungnahme des christlichen Metallarbeiterverbandes stieß natürlich auf den größten Widerstand, besonders in der Schwerindustrie, die vor allem im Saargebiet die Einführung des christlichen Metallarbeiterverbandes bekämpfte. Das führte 1906 zu dem gewaltigen Ringen mit der Burbacher Hütte, die an 80 organisierte christliche Metallarbeiter maßregelte. Darauf traten 3200 Mann in den Streik, und wenn er auch nicht restlos erfolgreich war, so war das Koalitionsrecht immerhin erkämpft. Ueberhaupt waren die Kämpfe um das Koalitionsrecht zahlreich, wenn auch der äußere Anlaß der Kämpfe zunächst auf andere Beweggründe schließen ließ. Dabei spielten selbstverständlich auch Lohnfrage, Arbeitszeit, Behandlung, hygienische Verhältnisse usw. eine bedeutende Rolle. An den Kämpfen in Badisch-Rheinfelden, Hagen-Schwelm, Schichau, Schloß-Holte, Menden, um nur einige Großkämpfe der Vorkriegszeit zu nennen, war der christliche Metallarbeiterverband mit erheblichen Prozentsätzen seiner Mitglieder beteiligt, bei dem Mendener Kampf 1912 allein ein halbes Jahr mit 3000 Mitgliedern bei einer Gesamtstärke von 40 000 Mitgliedern

Die **Nachkriegszeit** brachte mit den gesteigerten Rechten der Arbeiterschaft für den Verband eine noch größere Zahl an Aufgaben, die leider auch nicht immer auf friedlichem Wege gelöst und erreicht werden konnten. Die Gebiete des Arbeitsrechts, des Betriebsrätewesens, der Sozialversicherung, der Gewerbehygiene — auf dem in jahrelangen Prozessen (Gasvergiftungsprozeß) der christliche Metallarbeiterverband Wesentliches zum Schutze der Gesundheit der Metallarbeiterschaft erzielen konnte —, Anerkennung der Berufskrankheiten als Betriebsunfälle, der Arbeiter-

bildung, des Lehrlingswesens, der Selbstverwaltungskörper erforderten erhöhte Verantwortung und Leistung. Letztlich um die Frage des Schlichtungswesens wurde die Aussperrung 1928 durch die Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vorgenommen, deren arbeitsrechtliche Nachwirkungen noch im Fluß sind. Der christliche Metallarbeiterverband zählte Ende 1899 930 Mitglieder, die einen **Wochenbeitrag** von 10 Pf. zahlten. Bereits 1900 wurde der Wochenbeitrag auf 20 Pf. festgesetzt und das Unterstützungswesen (Streik, Maßregelung, Wanderunterstützung) geregelt. 1902 wurde der Beitrag auf 30 Pf. erhöht und die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, während die andern Unterstützungsarten (Sterbe-, Umzugs-Unterstützung) in den folgenden Jahren festgesetzt wurden. Die Verbandsbeiträge erfuhren im Laufe der Jahre noch weitere Steigerungen. 1928 beschloß der Saarbrücker Verbandstag die Einführung einer Alters- und Invaliden-Unterstützung für die Opfer der Rationalisierung. **1909** zählte der Verband 24 000, **1913** 41 000, **1921** 232 000 **Mitglieder** und erreichte damit seine Höchstzahl. Die Jahre 1923 bis 1926 brachten für die gesamte Gewerkschaftsbewegung harte Rückschläge; auch die Mitgliederzahl des christlichen Metallarbeiterverbandes sank, um bis Ende 1929 wieder auf 125 000 zu steigen.

Der christliche Metallarbeiterverband steht — wie oben schon betont — auf christlichem und nationalem Boden. Er lehnt daher den Klassenkampf als Prinzip ab und bekennt sich zur Gemeinschaftsidee, die ihr Fundament hat in den Lebensinteressen eines Volkes, welchen sich das Einzelinteresse unter- und einzuordnen hat. Deshalb betont er auch stark seine Aufgaben als Berufsinteressenvertretung und über die Standesbewegung hinaus als Kulturbewegung. So steht er auf dem Boden der Gleichberechtigung und Gleichverantwortung; er erstrebt auf wirtschaftlichem Gebiet die Mitverantwortung und Mitträgerschaft, auf gesellschaftlichem Gebiet die Gleichachtung, auf rechtlichem die Freiheit der Arbeit und auf staatspolitischem Gebiet nicht nur die äußere, sondern auch die innere Eingliederung der Arbeiterschaft in das gesamte Volksleben. Der Verband hat seinen Sitz in Duisburg, Stapeltor 17.

Ciardi, Livio, italienischer Gewerkschaftsführer, wurde 1881 geboren, war ursprünglich Arbeiter bei den Staatseisenbahnen. Er gehörte vor dem Kriege der revolutionären syndikalistischen Bewegung an und war von 1909 bis 1914 Generalsekretär der Gewerkschaft italienischer Eisenbahner. Als einer der ersten trat er für die Beteiligung Italiens am Kriege ein, und nach dem Kriege gehörte er zu den Propagandisten, die für